

## Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

---

**Sitzungsdatum:** Mittwoch, den 24.10.2018  
**Beginn:** 19:10 Uhr  
**Ende:** 21:15 Uhr  
**Ort, Raum:** Bürgersaal des neuen Rathauses Langensteinbach,  
Hirtenstraße 45, 76307 Karlsbad

Anwesend:

**Vorsitzende/r**

Herr Jens Timm

**Freie Wähler**

Frau Heike Christmann  
Herr Dipl.-Ing. Jürgen Herrmann  
Herr Otto Höger  
Frau Hielta Schlifkowitz  
Herr Oliver Walch

**CDU**

Herr Reinhard Dummler  
Frau Ingeborg Haese-Sandner  
Herr Roland Rädle  
Herr Norbert Ried  
Herr Dr. Martin Rupp  
Frau Dr. Karla Schelp  
Herr Günter Sing

**SPD**

Herr Reinhard Haas  
Herr Walter Hoffer  
Herr Edgar Huck  
Frau Cornelia Nürnberg  
Herr Klaus Steigerwald

**Bündnis 90/Die Grünen**

Frau Heike Günther  
Herr Andreas Hartmann  
Herr Uwe Rohrer  
Frau Dr. Susanna Vollmer

ab 19:30 Uhr

**Protokollführer**

Herr Hans-Dieter Stößer

**von der Verwaltung**

Herr Jürgen Augenstein  
Frau Stefanie Kappler  
Herr Benedikt Kleiner  
Herr Ronald Knackfuß

**Sachverständige**

Herr Revierleiter Forst Josef Mayer

Herr Martin Mußnug

**Gemeinderat/-rätin**

Herr Willibald Müller ab Top 5

Abwesend:

**Freie Wähler**

Herr Joachim Karcher

entschuldigt

Herr Roni Lörch

entschuldigt

Herr Karl-Heinz Ried

entschuldigt

**CDU**

Herr Peter Kiesinger

entschuldigt

**Ortsvorsteher**

Herr Hans-Gerhard Kleiner

entschuldigt

**von der Verwaltung**

Frau Petra Goldschmidt

Herr Dr. Klaus Rösch

Tagesordnung:

- 1 **Bekanntgaben**
- 2 **Fragen der Gemeinderäte**
- 3 **Beratung und Beschlussfassung über das Ausscheiden von Gemeinderat Hr. Oliver Walch  
Vorlage: 10/0630/2018**
- 4 **Beratung und Beschlussfassung über Nachrücken in den Gemeinderat von Hr. Willibald Müller  
Vorlage: 10/0631/2018**
  - 4.1 **Feststellung von Hinderungsgründen**
  - 4.2 **Verpflichtung**
- 5 **Beratung und Beschlussfassung Besetzung gemeindlicher Gremien  
Vorlage: 10/0632/2018**
- 6 **Beratung und Beschlussfassung über die Änderungssatzung der Hauptsatzung der Gemeinde Karlsbad -hier**

- Aufhebung Ortschaftsverfassung – Ortschaft Langensteinbach**  
Vorlage: 10/0613/2018
- 7 **Beratung und Beschlussfassung über die Vergabe von Planungsleistungen zur Sanierung des Schulzentrums Karlsbad**  
Vorlage: 60/0636/2018
- 8 **Beratung und Beschlussfassung über den Bewirtschaftungsplan für die Forstwirtschaftsjahre 2019/2020 und Bericht über den Vollzug des Forstwirtschaftsjahres 2017**  
Vorlage: 20/0628/2018
- 9 **Beratung und Beschlussfassung über den Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften "Speicherstraße I" in Karlsbad-Langensteinbach nach § 13a BauGB**  
1. Beschluss über die Form der frühzeitigen Bürgerbeteiligung  
Vorlage: 60/0627/2018
- 10 **Beratung und Beschlussfassung über den Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften "Rathausplatz Spielberg" - Billigung der Planung und Fassen des Offenlagebeschlusses**  
Vorlage: 60/0625/2018
- 11 **Information zum Neubau des Feuerwehrgerätehauses Karlsbad- Ittersbach- Aufhebung Ausschreibung Gewerk Rohbau**
- 12 **Beratung und Beschlussfassung über die 6. Änderung des Bebauungsplanes und der örtlichen Bauvorschriften "Freyenäcker"(Seniorenzentrum) in Karlsbad-Ittersbach**  
1. Fassen des Aufstellungsbeschlusses  
2. Billigung des Planentwurfes und Durchführung der Offenlage bzw. Beteiligung Träger öffentlicher Belange  
Vorlage: 60/0626/2018
- 13 **Beratung und Beschlussfassung über Baugesuche - Lange Straße 71**  
vereinf. Verf.: Neubau eines Mehrfamilienhauses mit Tiefgarage  
Grundstück: Lange Straße 71, Ittersbach, Flst.Nr. 274  
Vorlage: 60/0619/2018
- 14 **Beratung und Beschlussfassung über die Spendenannahme 3. Quartal 2018**  
Vorlage: 20/0629/2018

15 **Genehmigung von Protokollen**

16 **Verschiedenes**

17 **Fragen der Zuhörer**

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass durch Ladung vom 16.10.2018 ordnungsgemäß eingeladen worden ist und das Gremium beschlussfähig ist, weil 21 Gemeinderäte einschließlich Vorsitzender anwesend sind sowie die Sitzung im Mitteilungsblatt vom 18.10.2018 öffentlich bekannt gemacht worden war.

Als Urkundspersonen werden ernannt:

Gemeinderäte Herrmann Jürgen , Rädle Roland ,Haas Reinhard, Rohrer Uwe.

**zu 1 Bekanntgaben**

Keine aus nichtöffentlicher Sitzung.

**zu 2 Fragen der Gemeinderäte**

Keine.

**zu 3 Beratung und Beschlussfassung über das Ausscheiden von Gemeinderat  
Hr. Oliver Walch  
Vorlage: 10/0630/2018**

Der Vorsitzende erläutert, dass Oliver Walch (Freie Wähler) mit Schreiben vom 10.09.2018 darum gebeten habe, zum Oktober 2018 aus dem Gemeinderat auszuscheiden. Als wichtigen Grund führt er auf, dass er aus beruflichen Gründen häufig von der Gemeinde abwesend ist. Der Gemeinderat habe festzustellen, ob ein wichtiger Grund vorliegt.

GR Jürgen Herrmann (Freie Wähler) bedauert das Ausscheiden und hofft auf ein späteres Wiedersehen im Gremium. Er übergibt ein Geschenk. GR Roland Rädle (CDU) bedankt sich für die Zusammenarbeit und bedauert ebenfalls das Ausscheiden zu dem ungewöhnlichen Zeitpunkt. Die GR Reinhard Haas (SPD) und Uwe Rohrer (Bündnis 90/Grüne) schließen sich mit guten Wünschen an.

Der Vorsitzende würdigt das Wirken von GR Oliver Walch (Freie Wähler). Die Tätigkeit als Gemeinderat sei als ein übertragenes Ehrenamt auf Zeit ein wichtiges Zeichen der Demokratie. Walch habe sich unter anderem als aufmerksamer Zuhörer, der sich immer wieder sachgerecht in die Diskussion eingebracht habe, erwiesen. Von 2004 bis 2009 sei er im Ortschaftsrat Langensteinbach tätig gewesen und seit 2014 bis dato Gemeinde- und Ortschaftsrat. Insbesondere bei Seniorenthemen sowie der Vereinsarbeit – Walch sei 40 Jahre in der Freiwilligen Feuerwehr gewesen – habe er seine Kompetenz in ruhiger Art in die Gremiumsarbeit eingebracht. Er könne mit Stolz zurückblicken. Ihm gebühre Dank und Anerkennung für die sachliche Arbeit. Der Vorsitzende übergibt eine Dankesurkunde sowie ein Geschenk der Gemeinde und Oliver Walch (Freie Wähler) rückt aus dem Sitzungskreis aus.

**Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:**

Der Gemeinderat stellt auf Grund § 31 in Verbindung mit § 16 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg fest, dass Gemeinderat Oliver Walch aus dem Gemeinderat ausscheidet, weil ein wichtiger Grund vorliegt.

**Einstimmig beschlossen Ja 21 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**zu 4 Beratung und Beschlussfassung über Nachrücken in den Gemeinderat von  
Hr. Willibald Müller  
Vorlage: 10/0631/2018**

Der Vorsitzende erläutert den Sachverhalt anhand der Vorlage. Bei der Gemeinderatswahl 2014 wurde in der Reihenfolge der bei der Wahl erzielten Stimmenzahl der Bewerber Willibald Müller als nächste Ersatzperson für den Wahlvorschlag der Freien Wähler festgestellt.

Er sei – dies habe die Prüfung ergeben - wählbar und es bestünden keine Hinderungsgründe nach § 29 GemO.

**Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:**

zu 4.1 Feststellung von Hinderungsgründen

Der Gemeinderat stellt fest, dass dem Eintritt von Herrn Willibald Müller in den Gemeinderat keine Hinderungsgründe nach § 29 Gemeindeordnung für Baden-Württemberg entgegenstehen.

**Der Gemeinderat stellt dies mit 21 Jastimmen, ohne Gegenstimmen und Enthaltungen fest.**

zu 4.2 Verpflichtung

Im Anschluss an die Feststellung des Gemeinderates, dass keine Hinderungsgründe für den Einzug in den Gemeinderat bestehen, wird Willibald Müller vom Vorsitzenden mittels Gelöbnis auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Amtspflichten verpflichtet. Danach rückt er in den Sitzungskreis ein.

**zu 5 Beratung und Beschlussfassung Besetzung gemeindlicher Gremien  
Vorlage: 10/0632/2018**

Der Vorsitzende führt aus, dass durch das Ausscheiden von Herrn Oliver Walch folgende Ausschüsse bzw. Verbände nachzubesetzen sind, in denen er vertreten war:

BPUA:	Mitglied
VwFA:	stellvertretendes Mitglied für Christmann Heike und Karl-Heinz Ried
Abwasserverband Mittleres- Pfinz und Bocksbachtal:	Mitglied
Abwasserverband Pfinz Rennachtal:	stellvertretendes Mitglied

Die Freien Wähler schlagen die Neubesetzung für die Gremien durch das Einrücken von Hr. Willibald Müller in die entsprechenden Gremien für Hr. Oliver Walch vor.

Die Besetzung gemeinderätlicher Gremien soll gemäß § 40 GemO durch Einigung erfolgen.

**Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:**

Der Gemeinderat folgt dem Vorschlag des Nachrückens von Hr. Willibald Müller für Oliver Walch in die entsprechenden Gremien im Wege der Einigung

**Einstimmig beschlossen Ja 21 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**zu 6 Beratung und Beschlussfassung über die Änderungssatzung der Hauptsatzung der Gemeinde Karlsbad -hier Aufhebung Ortschaftsverfassung – Ortschaft Langensteinbach**  
**Vorlage: 10/0613/2018**

Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner erläutert den Sachverhalt anhand der Vorlage. Die Hauptsatzung sei das Verfassungsstatut der Gemeinde Karlsbad. Die Diskussion um die Thematik habe bereits 2010 begonnen. Der Gemeinderat habe damals das Thema „Abschaffung Ortschaftsverfassung“ öffentlich thematisiert und beschlossen, die Diskussion um die Ortschaftsverfassung ohne Zeitdruck zu führen. Zuletzt wurde in öffentlicher Sitzung am 23.02.2011 beschlossen, die Ortschaftsräte um Stellungnahme zur Abschaffung zu bitten. Der Ortschaftsrat der Ortschaft Langensteinbach habe in seiner Sitzung am 31.03.2011 beschlossen, die Ortschaftsverfassung zum nächsten Zeitpunkt (2019) abzuschaffen.

Die Gemeinde Karlsbad habe die Ortschaftsverfassung auf Grundlage der Gemeindeordnung mit der Vereinbarung über die Neubildung der Gemeinde Karlsbad am 1. September 1971 mit der Gemeindegründung eingeführt. Es wurden Ortschaften eingerichtet, benannt und die unechte Teilortswahl eingeführt. Daneben seien die Organe Ortschaftsrat und Ortsvorsteher ins Leben gerufen und deren Befugnisse festgelegt worden. Ebenso wurden örtliche Verwaltungen aufgebaut.

Wenn der Gemeinderat jetzt dem Votum des Ortschaftsrates folge, dann wäre die Hauptsatzung zu ändern und zwar unter anderem mit folgenden Punkten: Die unechte Teilortswahl bleibt bestehen, die Ortschaft Langensteinbach wird aufgelöst – es gibt nur noch vier Ortschaften. Wenn die Ortschaft Langensteinbach aufgelöst wird, dann gibt es auch keine Ortschaftsräte und Ortsvorsteher-Regelungen mehr. Auch diese Regelungen entfallen dann. Für eine solche Änderung der Hauptsatzung sei eine qualifizierte Mehrheit der Mitglieder erforderlich.

Diskussion:

GR Roland Rädle (CDU) sieht es als grotesk an, für einen Auflösungsbeschluss im Jahr 2011 nochmals eine Zustimmung erhalten zu müssen. Er verdeutlicht nochmals die Argumente, die zur damaligen Entscheidung im Ortschaftsrat geführt hätten und die im Wesentlichen weiter gelten: Unter anderem Auflösen des Ortsteilbezogenen zu einem Gesamt-Karlsbad-bezogenen Denken, Karlsbad wird nicht gelebt, doppelte Gremienbeteiligung bei Entscheidungen, längere Entscheidungswege und höhere Kosten. Es gebe auch Argumente dagegen. Im Sinne der Gründungsväter von Karlsbad habe der Ortschaftsrat ein Signal setzen wollen, an alle Ortschaften zu denken und sich nicht nur dem jeweiligen Ortschaftsrat verpflichtet zu sehen. Problematisch sei allerdings, dass bei vielen Aufgaben noch nicht klar sei, wie es weitergeht, weil viel ehrenamtliche Arbeit geleistet wurde bzw. wird. Hier müsse man nach einer Lösung suchen. Die Fraktion werde mehrheitlich zustimmen.

GR Jürgen Herrmann (Freie Wähler) meint, dass er nicht wisse, wie die Fraktion im Einzelnen abstimmt. Mit der Änderung der Hauptsatzung zementiere sich unwiderruflich die Abschaffung des Ortschaftsrates Langensteinbach. In der Fraktion habe man die Folgen des Beschlusses diskutiert und man hätte von der Verwaltung gerne die Aufgabenverteilung dem Gemeinderat personell und finanziell dargestellt, um diesen Akt bewerten können. Derzeit könne man dies nicht vollumfänglich. Im Protokoll der Ortschaftsratssitzung von Langen-

steinbach aus 2011 stehe, dass Langensteinbach als größter Ortsteil Vorbildfunktion habe und man hoffe, dass andere Ortschaften sich anschließen. Die Freien Wähler hätten nicht vor, die Ortschaftsräte in den anderen Ortschaften abzuschaffen, ansonsten fänden die kleineren Ortschaften kein Gehör mehr.

GR Uwe Rohrer (Bündnis 90/Grüne) sagt, dass die Hoffnung der Gründungsväter von Karlsbad auf ein Auslaufen der Ortschaftsregelungen durch das Zusammenwachsen zu einem Gesamtkarlsbad sich als obsolet erwiesen hätten. Die Ortschaftsräte hätten überwiegend Empfehlungs- und nur sehr wenige Entscheidungsbefugnisse. Die Vertretung im Gemeinderat könne durch eine entsprechende Listenwahl gewährleistet werden. Zudem sichere die unechte Teilortswahl die Sitze der Ortsteile im Gremium auch ab. Er hoffe, dass die anderen Ortschaften mitziehen. Gemeinderätin und Ortsvorsteherin Heike Günther (Bündnis 90/Grüne) meint, dass die nach Karlsbad ziehenden Menschen nicht an die Ortsteile sondern an Gesamtkarlsbad denken. Die Möglichkeiten für die Einzelnen sich über die Ortschaften hinweg selbst zu helfen seien größer geworden. Persönlich habe sie in der Praxis erfahren, dass 90 Prozent der Angelegenheiten der Bürgerinnen und Bürger nicht ortschaftsbezogen, sondern persönlicher Art seien. Der Kontakt zwischen Verwaltung und Bürgerinnen und Bürger bleibe auch ohne Ortschaftsrat bestehen. Über die Unechte Teilortswahl würden die Ortsteile weiterhin im Gremium anteilig präsentiert sein.

GR Reinhard Haas (SPD) äußert Verständnis für die Entscheidung des Ortschaftsrates. Die Gründungsväter von Karlsbad hätten eine so lange Existenz der Ortschaftsregelungen nicht im Blick gehabt. Allerdings sei Karlsbad dezentral aufgestellt und es werde befürchtet, dass die kleinen Ortschaften benachteiligt würden. Langensteinbach sei eine „Sondersituation“. Er rechne damit, dass es auf Dauer eine Änderung auch bei den anderen Ortschaften geben wird.

Der Vorsitzende meint, dass er sich keine Sorgen mache. Die Ortsteile seien prozentual im Gemeinderat vertreten und bisher hätten die Ortschaftsräte auch im Sinne der Karlsbader Belange agiert. Die von GR Jürgen Herrmann (Freie Wähler) geforderte Liste werde ihm zu gehen. Man werde beobachten, wie die neue Situation in Langensteinbach sich darstelle und ob das Ganze funktioniert. Er sei sicher, dass man einen Weg finden wird. Auch bei der Vereinsförderung werde Langensteinbach nicht schlechter gestellt. Falls sich hier Veränderungen in den Vereinsstrukturen ergeben, könnten jederzeit entsprechende Anträge gestellt werden.

#### **Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:**

Die Mitglieder des Gemeinderates werden gebeten die Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Gemeinde Karlsbad mit Wirkung zur nächsten regelmäßigen Kommunalwahl zu beschließen.

Mehrheitlich beschlossen Ja 18 Nein 3 Enthaltung 1

**zu 7      Beratung und Beschlussfassung über die Vergabe von Planungsleistungen zur Sanierung des Schulzentrums Karlsbad**  
**Vorlage: 60/0636/2018**

Ortsbaumeister Ronald Knackfuß erläutert, dass bei dem "größten Bauprojekt der Gemeinde Karlsbad in ihrer Geschichte" – dem Umbau- und Sanierungsmaßnahmen im Schulzentrum Karlsbad für circa 15,5 Millionen Euro – man rechtlich verpflichtet sei, die Planung europaweit auszuschreiben. Die Gemeinde habe den bisherigen Planer – das Architekturbüro Adler & Retzbach aus Karlsruhe gesetzt und mit dem Büro Klotz & Partner aus Stuttgart eine Ausschreibung durchgeführt. Im Gesamtplanungsauftrag seien Leistungen für Elektroplanung, Heizung-/Lüftung-/Sanitär (HLS) und Technische Gebäudeausrüstung/ Fachraumplanungen enthalten. Im Ergebnis der europaweiten Ausschreibung der Planungsleistungen habe sich neben dem gesetzten Planungsteam Architekturbüro Adler & Retzbach, Karlsruhe kein weiterer Interessent/Mitbewerber bis zum Einreichungstermin am 8. Oktober beworben. Daher seien die Planungen an Adler & Retzbach zu vergeben. Weitere Planungsleistungen (z. B. Statik), die keiner europaweiten Ausschreibung unterliegen, werden dem Gesamtplanungsauftrag zugeordnet und integriert.

Die Gemeinderäte sprechen sich in ihren Stellungnahmen für die Vergabe an Adler & Retzbach aus. Dabei werden als Argumente unter anderem Kostensicherheit, Zeitgewinn und Verlässlichkeit genannt. GR Jürgen Herrmann (Freie Wähler) meint, dass das Zurückstellen anderer Vorhaben schmerzlich sei. Auf Nachfrage verschiedener Gemeinderäte zum Verlängern des Zeitplanes meint der Vorsitzende, dass man die Frist für den Zuschusszeitraum verlängern wolle. Er hoffe, dass die Initiativen von Landkreis und Städtetag erfolgreich seien. Das Vorhaben sei gut für die Bauwirtschaft und die Jugend.

**Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:**

Die Verwaltung bittet den Gemeinderat, die Planungsleistungen zur Sanierung des Schulzentrums Karlsbad an das Architekturbüro Adler + Retzbach, Karlsruhe, als Gesamtplaner zu vergeben.

**Einstimmig beschlossen Ja 22 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**zu 8      Beratung und Beschlussfassung über den Bewirtschaftungsplan für die Forstwirtschaftsjahre 2019/2020 und Bericht über den Vollzug des Forstwirtschaftsjahres 2017**  
**Vorlage: 20/0628/2018**

Der Vorsitzende erläutert, dass die neuen Forststrukturen einen finanziellen Mehraufwand für die Gemeinde bedeuten. Größere Forstbewirtschaftungseinheiten seien sinnvoll. Die Förster des Karlsbader Waldes sehen den Wald als „Eigenheim“ und arbeiteten sehr motiviert und verantwortungsbewusst.

Forstrevierleiter Martin Mußgnug hält Sachvortrag und blickt zunächst auf den aktuellen Verlauf der Waldwirtschaft in diesem Jahr. Stürme und Hitze setzten dem Wald zu. Man habe unter anderem schon 1.000 Festmeter Sturmholz geschlagen und bis Oktober zusätzlich 700 Festmeter Fichtenholz. Die Suche nach den vom Borkenkäfer befallenen Bäumen sei auf-

wändig. Bis jetzt habe man die Hälfte des Holzes unter Vertrag, allerdings lagerten im Wald noch große Holzbestände. Der Holzmarkt sei momentan sehr schwierig und unsicher.

#### Holzernte / Abmangelbetrag

Insgesamt werden im Gemeindewald in den zu Ende gehenden Doppelhaushaltsjahren jährlich rund 6.500 Festmeter eingeschlagen. Während 2017 5500 Festmeter planmäßig und 350 Festmeter zwangsweise eingeschlagen wurden, sind 2018 4800 Festmeter geplant eingeschlagen worden; 1000 Festmeter entfielen auf Sturmholz sowie knapp 800 Festmeter auf meist wegen Borkenkäferbefall eingeschlagene Fichten. Insgesamt mussten in den letzten zwei Jahren rund 2200 Festmeter - 18% - zwangsweise genutzt werden. Die Holzpreise haben seit dem letzten Berichtszeitraum etwas nachgegeben, so dass bei einem durchschnittlichen Erlös je Festmeter Einschlag in Höhe von rund 53,-- € insgesamt wohl 670.000,-- Holzgeld bei der Gemeindekasse verbucht werden können. Das Defizit wird trotz der widrigen Rahmenbedingungen voraussichtlich jährlich bei 132.000,-- € liegen. Dies sind 86 % der Planvorgaben. Das Brennholzangebot war auch in den letzten beiden Jahren ausreichend. Insgesamt wurden jährlich ca. 1100 Festmeter Polter-Holz abgegeben und 220 Schlagraumkunden bedient. Die Darstellung der Aufwendungen und Erträge dient dazu, den maximalen Abmangelbetrag von 220.000 €, den die Gemeinde im Hinblick auf den gesellschaftlichen und ökologischen Wert des Waldes als Zielvorgabe festgesetzt hat, nicht zu überschreiten. Zwischen dem Ergebnis 2017 und dem Plan 2019 zeigt sich ein größerer Sprung. Dies resultiert insbesondere aus dem guten Ergebnis im Holzverkauf zu 2017. Dieses lag 58.000 Euro über Plan. Im Jahr 2020 erhöht sich das Defizit merklich. Grund sind die aufgrund der Forstreorganisation zu erwartenden Mehraufwendungen, deren Umfang bisher lediglich geschätzt werden konnte. Der Ansatz für die Beförderung wurde von 65.000 Euro auf vorläufig 100.000 Euro erhöht.

#### Jungbestände und Kulturen

Es wurden im Berichtszeitraum 3400 Pflanzen zur Vervollständigung der Kulturen und Naturverjüngungen ausgebracht. Das Zurückdrängen der Begleitflora, die die jungen Waldbäume bedrängt, war auf einer Fläche von 7 ha erforderlich. Jungbestände wurden auf 52 Hektar gepflegt. Zudem wurden insgesamt 430 Douglasien und Lärchen zur Verbesserung der Holzqualität geastet. Die Ersatzaufforstung des Regierungspräsidiums für Waldverluste während des Autobahnausbaus in der Abteilung 3 der Auerbacher „Winterhölde“ konnte nun fünf Jahre nach der Pflanzung als gut entwickelter junger Eichenmischwald an die Gemeinde übergeben werden. Das Trockenjahr 2018 zeigt sich nicht nur am Käferbefall der Nadelbäume, auch die Laubbäume, die meist üppig Samen tragen, haben mit frühzeitigem Blattabfall und verfrühter Herbstfärbung reagiert. Dank rechtzeitiger Pflanzung sind die meisten Jungbäume angewachsen. Wie sich diese starke Trockenheit auf den Wald auswirken wird, bleibt abzuwarten.

#### Waldwege

Aufgrund der Vorgabe des Gemeinderates wurde die Wegpflege auf das unabdingbar erforderliche Mindestmaß beschränkt. Nach der Holzernte während der nassen Witterung um die Jahreswende mussten die Wege wieder instand gesetzt werden. Leider machte die trockene Witterung eine waldbesucherfreundliche Verdichtung der Schotterdeckschichten unmöglich.

#### Erholungseinrichtungen

Im Bereich des Römerturms im Waldpark „St. Barbara“ wurden die Vegetation zurückgeschnitten und schadhafte Mauerstellen ausgefugt sowie fehlende Steine ergänzt. Das Turm-

geländer erhielt einen neuen Anstrich. Die Vorbereitungen für den Trimm-Dich-Pfad beim Ittersbacher Sportgelände haben sich wegen der Sturm- und Käferholzaufbereitung nochmals verzögert. Die Arbeiten sollen nun, wenn der Holzmarkt die dort zuvor erforderliche Waldpflege ermöglicht, im Sommer 2019 durchgeführt werden.

#### Verkehrssicherung

Verkehrssicherungsmaßnahmen mussten vor allem entlang der K3556, der Albtalstraße, der L622 und im Bereich St Barbara durchgeführt werden. Die Zusammenarbeit mit dem Polizeiposten, der AVG und der Straßenmeisterei funktioniert weiter sehr gut. Durch die eigenen Forstwirte der Gemeinde kann kurzfristig reagiert werden. Besonders ist auf den umfangreichen Straßenhieb entlang der K3556 hinzuweisen, bei dem in zweiwöchiger Arbeit bei Vollsperrung der Straße trotz Regen und Sturm insgesamt rund 1200 Festmeter Holz aufbereitet werden konnten. Dies zeigt, dass Vollsperrungen effektives Arbeiten entlang der Straßen ermöglichen und gleichzeitig die Beeinträchtigung der Verkehrsteilnehmer auf das unumgängliche Mindestmaß beschränken.

#### Sonstiges

Die Forsteinrichtung wurde mit der örtlichen Prüfung am 18. April 2018 abgeschlossen. Die Reorganisation der Forstverwaltung ist noch nicht abgeschlossen. Bis jetzt ist bekannt, dass Privat- und Gemeindewald weiterhin wie bisher – jedoch ohne Unterstützung beim Holzverkauf - von der unteren Forstbehörde beim Landratsamt betreut werden. Die Holzverkaufsstelle bei der Kämmerei des Landratsamtes wird bestehen bleiben. Für den forstlichen Revierdienst kann die Gemeinde entweder eigenes Personal einstellen oder sich von einem Förster des Landratsamtes gegen Entgelt betreuen lassen. Das Forstamt begrüßt die Überlegungen der Gemeinde, weiterhin die Angebote des Landkreises für die Dienstleistungen „Revierbetreuung“ und „Holzverkauf“ in Anspruch zu nehmen.

#### Plan 2019/20

Es wird ein jährlicher Einschlag in Höhe von rund 6.000 Festmetern vorgeschlagen. Es sollen rund 10.000 Pflanzen gesetzt, 3 Hektar Kulturen und 27 Hektar Jungbestände gepflegt werden. Die Forstverwaltung erwartet entsprechend dem beiliegenden und mit der Gemeinde abgestimmten Wirtschaftsplan für das Jahr 2019 ein Defizit in Höhe von 166.000.-- € und für 2020 ein Defizit in Höhe von 204.000.-- €. Dabei waren die aufgrund der Forstreorganisation zu erwartenden Mehrausgaben ab 2020, deren Umfang lediglich geschätzt werden konnte, zu berücksichtigen. Dies liegt in erster Linie, wie unter „Sonstiges“ dargestellt, an den noch nicht beschlossenen Rechtsgrundlagen und Vereinbarungen.

#### Diskussion im Gemeinderat – Klimawandel als Thema

Querbeet wird die Arbeit des Forstes von den Fraktionssprechern gelobt. Zur wiederholten Frage der Zukunftsperspektiven des Waldes im „erlebten“ Klimawandel sagt Forstrevierleiter Martin Mußnug, dass er keine Prognose wagen könne. Fakt sei, dass die durch die Hitze getöteten Bäume nicht mehr von späterem Regen profitieren könnten. Der Forst könne auch nicht so schnell reagieren wie ein Landwirt, der jährlich seinen Pflanzungen verändern könne. Man denke in Jahrzehnten und Generationen. Soweit möglich reagiere man auf den Klimawandel. Grin Heike Christmann (Freie Wähler) meint, dass man dafür werben müsse, dass die Bevölkerung Vollsperrungen von Straßen bei Forstarbeiten auch mittrage. Bezüglich des Trimm-Dich-Pfades in Ittersbach könne man nicht prognostizieren, ob man Zeit zur Weiterarbeit daran habe, so Mußnug auf Nachfrage von Christmann.

### Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

1. Der Gemeinderat stimmt dem Wirtschaftsplan für die Jahre 2019 und 2020 für den Gemeindewald Karlsbad zu.
2. Den Vollzug des Wirtschaftsplanes 2017 nimmt der Gemeinderat zur Kenntnis.
3. Der jährliche Einschlag wird auf rd. 6.000 Festmeter festgelegt.
4. Der Preis für Polterholz verbleibt bei 56€/fm.

**Einstimmig beschlossen Ja 22 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**zu 9 Beratung und Beschlussfassung über den Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften "Speicherstraße I" in Karlsbad-Langensteinbach nach § 13a BauGB**

**1. Beschluss über die Form der frühzeitigen Bürgerbeteiligung  
Vorlage: 60/0627/2018**

Joachim Guthmann hält einen kurzen Sachvortrag anhand der Vorlage. Beim Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes „Speicherstraße I“ in Karlsbad-Langensteinbach sei nach Beschluss der Veränderungssperre sowie der durchgeführten Bestandsvermessung und artenschutzrechtlichen Voruntersuchungen jetzt ein städtebaulicher Vorentwurf erarbeitet worden. Dieser wurde in den Gremien beraten und außerdem seien zwei Grundstücke mit in das Verfahren einbezogen worden. Jetzt sei geplant, das übliche Bebauungsplanverfahren mit zweistufiger Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung durchzuführen. Am 22. November soll eine Informationsveranstaltung im Bürgersaal des Neuen Rathauses in Langensteinbach stattfinden. Bis 8. Dezember 2018 könnten Bürger sich schriftlich zu dem Verfahren äußern.

### Antrag an den Gemeinderat

Der Gemeinderat wolle

- a) den Aufstellungsbeschluss vom 04.10.2017 modifizieren und die Grundstücke Flst.Nr. 225 und 226 vollständig in den Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Speicherstraße I“ einbeziehen.
- b) dem Vorentwurf zum Bebauungsplan „Speicherstraße I“ zustimmen.
- c) die Verwaltung mit der Durchführung der frühzeitigen Bürgerbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB und Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 1 BauGB beauftragen.

**Einstimmig beschlossen Ja 22 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**zu 10 Beratung und Beschlussfassung über den Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften "Rathausplatz Spielberg" - Billigung der Planung und Fassen des Offenlagebeschlusses  
Vorlage: 60/0625/2018**

Joachim Guthmann informiert kurz über den Sachverhalt. Es gebe seitens des Artenschutzes nichts Besonderes zu beachten. Die Festsetzungen des Bebauungsplanes seien inzwischen vom Planungsbüro Schippalies erarbeitet worden. Die Festsetzungen habe man auf

das notwendige Maß an Regelungen begrenzt. Mit dem Vorhaben stärke die Gemeinde die Innenentwicklung in Spielberg.

**Antrag an den Gemeinderat:**

Der Gemeinderat wolle

- a) den Entwurf des Bebauungsplanes „Rathausplatz Spielberg“ billigen und beschließen.
- b) die Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 2 BauGB beschließen
- c) die Beteiligung der Träger öffentl. Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB beschließen.

**Einstimmig beschlossen Ja 22 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**zu 11 Information zum Neubau des Feuerwehrgerätehauses Karlsbad- Ittersbach-  
Aufhebung Ausschreibung Gewerk Rohbau**

Ortsbaumeister Ronald Knackfuß erläutert, dass man die Ausschreibung zum Rohbaugewerk Feuerwehrgerätehaus Ittersbach wegen Überschreitung des Haushaltsansatzes um mehr als 155.000 Euro aufgehoben habe. Man wolle jetzt beschränkt ausschreiben und weitere Firmen dazu nehmen sowie das Leistungsverzeichnis überarbeiten (z.B. besseres Bodenmanagement) Dadurch hoffe man, ein annehmbares Ausschreibungsergebnis zu bekommen. Geplant sei, dass bis Ende Januar 2019 80 Prozent der Gewerkesummen vorliegen und man in der Gemeinderatssitzung am 30. Januar so einen größeren Überblick habe. Wenn dann die Summen sich im Rahmen bewegen könnte vermutlich ab 11. März der Baubeginn mit vorherigem Spatenstich erfolgen.

**Der Gemeinderat nimmt den Sachverhalt und das weitere Vorgehen zustimmend zur Kenntnis.**

**zu 12 Beratung und Beschlussfassung über die 6. Änderung des Bebauungsplanes und der örtlichen Bauvorschriften "Freyenäcker"(Seniorenzentrum) in Karlsbad-Ittersbach**

- 1. Fassen des Aufstellungsbeschlusses**
  - 2. Billigung des Planentwurfes und Durchführung der Offenlage bzw. Beteiligung Träger öffentlicher Belange**
- Vorlage: 60/0626/2018**

Joachim Guthmann hält Sachvortrag. Entgegen früheren Aussagen des Landratsamtes – Baurechtsbehörde – dass kein Bebauungsplan für das Vorhaben nötig sei, werde dieser jetzt doch gefordert. Die Gemeinde sei bei einem Abstimmungsgespräch Mitte September 2018 mit der Kehrtwendung überraschend konfrontiert worden. Man versuche, zeitnah einen Bebauungsplanentwurf zu fertigen und den Bebauungsplan exakt mit den erforderlichen Maßen für das Vorhaben zu gestalten. Wenn der Aufstellungsbeschluss gefasst und der Planentwurf gebilligt werde, hoffe man bis Ende Januar 2019 des Bebauungsplanverfahren abschließen zu können.

Im Auftrag der FWD Hausbau GmbH, Dossenheim als Vorhabenträgerin und der Diakonie Landkreis Karlsruhe gemeinnützige GmbH, Malsch als Betreiberin wurde vom Büro Bodamer

Faber Architekten, Stuttgart ein Konzept zur Errichtung eines Pflegewohnheims mit 45 Zimmern und eines Seniorenwohnhauses mit 20 Wohneinheiten erarbeitet. Die geplanten Nutzungen werden auf 2 dreigeschossige, im Erdgeschoss über einen eingeschossigen Gemeinschaftsraum miteinander verbundene Baukörper mit Flachdach verteilt. Der Pflege trakt liegt an der Pfinztal- und Belchenstraße, das Betreute Wohnen richtet sich nach Süden zu den Grünflächen des Friedhofs aus.

Der Vorsitzende ergänzt, dass sich die Markterkundung des Investors aufgrund der Notwendigkeit zur Durchführung des Bebauungsplanverfahrens etwas verzögern werde.

#### **Antrag an den Gemeinderat:**

Der Gemeinderat wolle zur 6. Änderung des Bebauungsplanes und der örtlichen Bauvorschriften „Freyenäcker“ (Seniorenzentrum) in Karlsbad-Ittersbach

- c) den Aufstellungsbeschluss nach § 2 BauGB fassen.
- d) den Planentwurf billigen und beschließen.
- e) die Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 2 BauGB beschließen
- f) die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB beschließen.

**Einstimmig beschlossen Ja 22 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

#### **zu 13      Beratung und Beschlussfassung über Baugesuche - Lange Straße 71 vereinf. Verf.: Neubau eines Mehrfamilienhauses mit Tiefgarage Grundstück: Lange Straße 71, Ittersbach, Flst.Nr. 274 Vorlage: 60/0619/2018**

Joachim Guthmann hält Sachvortrag anhand der Vorlage. Es handle sich um den Abbruch eines bestehenden Wohngebäudes mit Scheune und den geplanten Neubau von einem Mehrfamilienhaus mit Tiefgarage. Vorgesehen sei ein Gebäude mit drei Vollgeschossen mit insgesamt 14 Wohneinheiten und 19 Tiefgaragenstellplätzen. Das Gebäude entspreche von der Höhenentwicklung der bereits bestehenden Bebauung entlang der Lange Straße, auch die Bautiefe entspreche der bestehenden Bebauung.

Für das Bauvorhaben liege ein genehmigter Bauvorbescheid vom 04.10.2017 vor. Dieser wurde nach dem Widerspruchsverfahren von den Nachbarn beklagt. Ein Termin beim Verwaltungsgericht Karlsruhe stehe noch aus. Die Anregungen und Kritikpunkte aus der Sitzung des Bau- Planungs- und Umweltausschusses habe die Bauherrschaft aufgenommen und umgesetzt, u.a. Rücknahme der Wohneinheiten auf 12 Wohnungen und mehr Tiefgaragenstellplätze (21), ein anderes Terrasseneck sowie eine verbesserte Rampensituation. Das Ganze sei bauplanungsrechtlich in Ordnung und die Verwaltung empfehle, das Gemeindeeinvernehmen zu erteilen.

GR Reinhard Haas (SPD) bewertet die Änderungen positiv, ebenso Grin Heike Christmann (Freie Wähler). GR Roland Rädle (CDU) äußert sich zustimmend, vermisst jedoch etwas die Identität der Bebauung die jetzt verloren ginge. GR Uwe Rohrer (Bündnis 90/Grüne) bewertet die Bewegung positiv, äußert sich jedoch kritisch im Hinblick auf die massive Bebauung und den Parkdruck. Man werde sich enthalten.

#### **Antrag an den Gemeinderat:**

Der Gemeinderat wolle das Einvernehmen zum beantragten Bauvorhaben erteilen.

**Mehrheitlich beschlossen Ja 18 Nein 0 Enthaltung 4 Befangen 0**

**zu 14 Beratung und Beschlussfassung über die Spendenannahme 3. Quartal 2018  
Vorlage: 20/0629/2018**

Der Vorsitzende hält Sachvortrag und bedankt sich bei den Spenderinnen und Spendern.

**Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:**

Der Gemeinderat beschließt, Geldspenden in Höhe von 2.256,20 € und Sachspenden in Höhe von 1.277,53 € anzunehmen.

**Einstimmig beschlossen Ja 22 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**zu 15 Genehmigung von Protokollen**

Das Protokoll der öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 26. September 2018 wird genehmigt.

**Einstimmig beschlossen Ja 22 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**zu 16 Verschiedenes**

**16.1 Offerta:**

Der Vorsitzende weist auf die stattfindende Messe Offerta hin und lädt das Gremium ein, zur Eröffnung der Offerta zu kommen.

**16.2 Namensgebung Gemeinschaftsschule Karlsbad/Waldbronn**

Die Schulleiterin der Gemeinschaftsschule Karlsbad Waldbronn, Frau Frank, habe angefragt, ob es möglich sei, sich Gedanken zu einem Namen für die Schule zu machen. Der Vorsitzende sagt, dass er dies befürwortet habe. Das Gremium zeigt sich einverstanden damit, dass die Schule hierüber berät.

**16.3 Sachstandsbericht „Gutes Älter werden in Karlsbad“**

Der Vorsitzende informiert zum Sachstand Projekt “Gutes Älterwerden in Karlsbad”:

Um die bisherigen Erhebungen zum Projekt „Gutes Älterwerden in Karlsbad“ auf breite Beine zu stellen, war geplant, im Herbst diesen Jahres eine Fragebogenaktion in ganz Karlsbad durchzuführen. Da das Verfahren sehr umfangreich ist und weder von der Verwaltung noch vom Seniorenbeirat abgewickelt werden kann, ist geplant, die Erhebung durch einen externen Dienstleister im Frühjahr 2019 durchführen zu lassen.

Hintergrundinfo

Das neue Aufgabenfeld „Gutes Älterwerden in Karlsbad“ begann im November 2017 mit einer Auftaktveranstaltung. Eingeladen waren Vereine, Kirchen, Organisationen, Einrichtungen und Geschäfte, die sich bereits mit dem Thema befassen. Die Altenhilfeplanung des Landkreises war bei der Auftaktveranstaltung ebenfalls beteiligt. Ziel der Arbeit ist letztlich, die Rahmenbedingungen in Karlsbad zu schaffen bzw. weiter zu vertiefen, um mit einer guten Lebensqualität älter zu werden. Dazu tragen Themenbereiche wie unter anderem Gesundheit, Wohnen, Pflege und soziales Miteinander bei. Aus den Erkenntnissen des Landkreises über die Situation in Karlsbad ragten die Bedarfe in den Bereichen Tagespflege, betreutes Seniorenwohnen und Betreuungsgruppen zur Entlastung von pflegenden Angehörigen besonders hervor.

Bedarfserhebung in den Ortsteilen abgeschlossen und ausgewertet

Nach der Auftaktveranstaltung wurden im Frühjahr 2018 die Verhältnisse in den Ortsteilen näher betrachtet und analysiert. Die Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher haben sich hier dankenswerterweise als „Koordinatoren“ eingebracht. Zunächst wurde die von der Verwaltung erarbeitete Bestandsliste „Sozialer Bestand Karlsbad“ überprüft und ergänzt. Als weitere Aufgabe galt es, die Bedarfe und Handlungsfelder in den Ortsteilen zu definieren. Nach Rücklauf und Durchsicht der Ergebnisse zu beiden Aufgaben fand im Mai ein erstes Abstimmungsgespräch mit dem Seniorenbeirat statt, bei dem das weitere Vorgehen besprochen wurde. Am 24. Juli 2018 wurden die Ergebnisse nochmals im kleinen Rahmen mit den Ortsvorsteher/innen, dem Seniorenbeirat und den Kirchen als wichtigen Akteuren in dem Arbeitsfeld besprochen. Daraus bildete sich ein Arbeitskreis, der die Bedarfserhebung begleiten möchte. Dieser einigte sich inhaltlich auf einen Fragebogen für eine breite Abfrage in der Bevölkerung. Vor dem Start der Befragung wurde allen Beteiligten klar, dass diese nur sinnvoll durch externe Unterstützung abzuwickeln ist. Seitens der Verwaltung werden derzeit hierzu klärende Gespräche geführt.

#### **16.4 Sanierung „Straße im Stöckmädle“**

Ortsbaumeister Ronald Knackfuß informiert, dass der erste Bauabschnitt der Sanierung der Straße „Im Stöckmädle“ endlich zu Ende geht. Derzeit finden die bituminöse Arbeiten statt. Die Restarbeiten könnten eventuell im Laufe der kommenden Woche laufen. Möglicherweise könnte die Straße ab 10. November wieder geöffnet werden.

#### **zu 17 Fragen der Zuhörer**

Keine.

---

gez. Jens Timm  
Vorsitzender

---

gez. Hans-Dieter Stößer  
Protokollführer/in

---

Gemeinderat Jürgen Herrmann  
Urkundsperson

---

Gemeinderat Reinhard Haas  
Urkundsperson

---

Gemeinderat Roland Rädle  
Urkundsperson

---

Gemeinderat Uwe Rohrer  
Urkundsperson